

Offener Briefe des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer an die Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland, Ulrike Mascher:

„Sehr geehrte Frau Mascher,

als ehemaliger Sozialdemokrat und frisch gewählter Abgeordneter der AfD im Deutschen Bundestag kann ich ihren Kommentar in der November-Ausgabe der VdK-Zeitschrift zum Ausgang der Bundestagswahl und zur AfD nicht unwidersprochen stehen lassen. Im Gegenteil, im Sinne einer vernünftigen Sozialpolitik für unser Land fühle ich mich verpflichtet – Ihnen, der Präsidentin des größten Sozialverbandes Deutschlands – vehement zu widersprechen. Nicht, weil ich mich als AfD-Mitglied angegriffen fühle, sondern weil ich erschrocken bin mit welcher billiger Polemik Sie Gründe vorschieben, um sich nicht ernsthaft mit den Sorgen unserer Wählerschaft und den Argumenten meiner Partei auseinandersetzen zu müssen.

So stellen Sie fest, dass mehr als 87 Prozent der Wähler ihre Stimme einer anderen Partei als der AfD gegeben hätten. Was wie ein verzweifelter Versuch wirkt, den Wahlerfolg meiner Partei zu relativieren ist mathematisch völlig richtig. Aber Ihnen geht es nicht um Mathematik, sondern darum, deutlich zu machen, dass Sie auf diese 87 Prozent und damit auf die von diesen Bürgern gewählten Parteien setzen wollen. Das sind jedoch genau die Parteien, die die politische Landschaft der letzten Jahrzehnte geprägt haben und für die Politik der Gegenwart verantwortlich sind. Es sind die Parteien, denen Sie in Ihrem Kommentar vorwerfen, die existenziellen Sorgen der Menschen wie die Absicherung im Alter, bei Pflegebedürftigkeit oder Krankheit vernachlässigt zu haben. Es sind genau die Parteien, die für die soziale Schieflage im Land verantwortlich sind. Doch wider besseres Wissen wollen Sie auch zukünftig an diesen Altparteien festhalten und verteufeln im gleichen Atemzug die AfD mit dem Argument, wir verträten offen minderheitenfeindliche Positionen. Mit dieser billigen Polemik machen Sie es sich jedoch zu einfach und ich bin mir sicher, dass auch die Mitglieder Ihres Sozialverbandes eine Verbandsführung erwarten, die politische Entwicklungen stärker hinterfragt, klug reflektiert und weitsichtiger denkt.

So hätten Sie in Ihrem Kommentar zum Beispiel die Frage aufwerfen können, wie die AfD mehr als 900.000 Wähler von SPD und Linke gewinnen und außerdem fast 1,5 Millionen Nichtwähler mobilisieren konnte. Dass diese Wählerwanderung möglicherweise auf die Krise unseres Sozialstaats oder die bröckelnde Glaubwürdigkeit der etablierten Parteien zurückzuführen ist; dass sie Ausdruck eines fundamentalen Bedürfnisses nach einer politischen Veränderung in Deutschland ist, hätte Teil Ihrer Analyse sein können – war es aber nicht.

Stattdessen werfen sie der AfD vor, sie würde Ängste schüren. Das ist – mit Verlaub – ebenso eine billige Polemik. Denn Sie wissen, dass wir in einer Gesellschaft leben, deren geistiges Fundament auf der Mündigkeit seiner Bürger beruht. Sie wissen, dass die Menschen in diesem Land die Ursachen für die Silvesterereignisse am Kölner Dom, die Betonpoller rund um Volksfeste, die alarmierenden Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistiken, die Terroranschläge in London, Manchester, Paris, Stockholm, Hamburg, Nizza, Brüssel und Berlin selbst einordnen können. Dazu

bedarf es keiner AfD. Aber es bedarf uns als Sprachrohr für eben diejenigen, die sich Ihren Ängsten nicht entziehen können. Es bedarf uns, weil sich die etablierten Parteien viel zu lange in Realitätsverweigerung geübt und die Konsequenzen ihrer Politik schöngeredet haben.

Zur Schönfärberei der etablierten Parteien gehört auch die Behauptung, dass niemandem wegen der Flüchtlinge ein Cent weggenommen würde. Und abermals machen Sie es sich zu einfach. Denn wo bitte kommen die 43 Milliarden Euro her, die laut Finanzministerium allein 2016 und 2017 für die Versorgung und Unterbringung von Migranten aufzuwenden sind? Und wo kann diese Milliardensumme jetzt nicht mehr investiert werden, die größer ist als der Verteidigungshaushalt und dem Fünffachen des Etats für Entwicklungshilfe entspricht? Solange die vermeintlichen Eliten in Politik, Medien und Gesellschaft so tun als seien diese Unsummen nur Peanuts, die am Ende nirgendwo fehlten, solange braucht es auch eine AfD, die deutlich macht, dass dem nicht so ist – dass dem nicht so sein kann!

Die AfD schürt keine Ängste, aber sie vertritt die Interessen derer, die in Sorge sind. Sie nimmt den Unmut derer auf, die in der grenzenlosen Zuwanderung auch die Risiken sehen, die wissen, dass der Kuchen, den der Staat zu verteilen hat, endlich ist und die das Gefühl haben, dass das Fundament unseres Sozialstaats morsch geworden ist, angesichts einer überalterten Gesellschaft, globalisierter Wirtschaftsprozesse und tiefgreifender technologischer Veränderungen.

Die AfD bündelt diese Interessen und repräsentiert sie von jetzt an im Deutschen Bundestag. Sie ist damit eine der tragenden Säule unserer pluralistischen Gesellschaft. Als ehemalige Bundestagsabgeordnete wissen Sie sehr wohl um die Bedeutung des Pluralismus für unsere Gesellschaft; Sie wissen, dass er konstitutives Merkmal für die Funktion unserer modernen Demokratie ist. Wenn Sie sich aber stellvertretend für den VdK von uns distanzieren, ignorieren Sie den Willen von mehreren Millionen deutschen Wählern, deren Sorgen und Ängste und deren Hoffnung auf Antworten auf die Herausforderungen, die das 21. Jahrhundert mit sich bringt. Diesen Willen zu ignorieren passt so gar nicht zu Ihrem Wunsch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und eine soziale Spaltung zu verhindern. Das entspricht auch nicht den von Ihnen erwähnten zentralen Werten Ihres Verbandes, nämlich Toleranz, Mitmenschlichkeit, Respekt und Solidarität.

Sie, Frau Mascher, stehen als Präsidentin an der Spitze eines Verbandes, der seit gut 70 Jahren ein relevanter Akteur in der deutschen Sozialpolitik ist. Seit dem 24. September 2017 ist auch die AfD ein solcher relevanter Akteur. Ich bitte Sie darum, den Wählerwillen zu akzeptieren und sich ernsthaft mit unseren Positionen auseinanderzusetzen. Machen Sie nicht den Fehler der etablierten Parteien und fallen in reflexhafte billige Polemik, die kein einziges Problem unserer Gesellschaft löst.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen und dem VdK und hoffen auf eine persönliche Begegnung bei uns oder bei Ihrem Bundesverbandstag 2018.

Mit freundlichen Grüßen

René Springer, MdB“